

Ergebnisprotokoll

über die 14. Sitzung des Beirates von und für Menschen mit Behinderung des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin (4. Wahlperiode des Beirats) am Montag, dem 11. November 2019

Anwesende: Herr Bäse, Herr Drescher, Herr Feilke, Herr Lockau, Frau Trzecinski, Frau Rüger-Voss, Frau Halten-Bartels, Herr Larsen, Frau Hansen, Herr Sell, Herr Naumann, Herr Friedrich, Herr Westermann, Frau Schmidt, Frau Hergli

Gäste: Frau Albrecht, Frau Haas, Frau Mierke-Haring, Herr Grieger, Frau Koserske

Ort: Rathaus Charlottenburg, Intarsien-Saal, Otto-Suhr-Allee 100,
10585 Berlin

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:50 Uhr

TOP 1: Begrüßung und Vorstellungsrunde

Herr Naumann begrüßt die Anwesenden und fragt nach Änderungswünschen zur vorgeschlagenen Tagesordnung. Es werden keine Änderungen angeregt.

TOP 2: Protokollkontrolle

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig angenommen.

TOP 3: Barrierefreiheit der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)

Zu Gast ist die Beauftragte der BVG für Senioren und Fahrgäste mit Behinderung, Frau Albrecht. Zum Sachstand berichtet Frau Albrecht, dass alle U-Bahnhöfe bis spätestens 2022 mit Aufzug und Blindenleitsystem ausgestattet sein sollen. Bei den berlinweit derzeit noch 45 nicht barrierefreien Bahnhöfen lägen zumeist besonders schwierige bauliche bzw. technische Gegebenheiten vor. Viele dieser Bahnhöfe stünden außerdem unter Denkmalschutz, was die Genehmigungsverfahren ebenfalls verzögern könne.

Die Busflotte bestehe inzwischen zu 100 % aus barrierefreien Niederflurfahrzeugen. Dies gelte ebenso für die Straßenbahn. Die meisten Haltestellen lägen allerdings in bezirklicher Zuständigkeit. Mit Ausnahme der traditionellen Ruderfähre in Rahnsdorf sei auch der Fährbetrieb für mobilitätsbehinderte Menschen barrierefrei nutzbar.

Im Rahmen von „BerlKönig“ teste die BVG derzeit in Kooperation mit Daimler/ViaVan im östlichen Innenstadtring den Betrieb mit Sammeltaxen. Die zu diesem Dienstleistungsangebot entwickelte App sei barrierefrei bedienbar. Herr Lockau erkundigt sich nach der Barrierefreiheit von „BerlKönig“. Hierzu erläutert Frau Albrecht, dass von den derzeit 160 Fahrzeugen momentan fünf barrierefrei gestaltet seien. Dies sei sicherlich nicht optimal. Der Service – im Besonderen hinsichtlich der Ruf-/Wartezeiten - könnten laut Frau Albrecht aber für behinderte und nichtbehinderte Fahrgäste auf gleichem Niveau angeboten werden.

Des Weiteren sei vor kurzem in Reinickendorf ein Testprojekt mit autonom fahrenden Bussen durchgeführt worden. Herr Larsen moniert, dass diese Busse nicht mit einem akustischen Signal (AVAS) ausgestattet und daher nicht zu hören seien. Dies werde laut Frau Albrecht bei künftigen Projekten dieser Art berücksichtigt.

Frau Mierke-Haring erkundigt sich nach der Barrierefreiheit für taubblinde Menschen. Hierzu teilt Frau Albrecht mit, dass die BVG bemüht sei, gemäß dem Zwei-Sinne-Prinzip akustische und visuelle Informationen anzubieten. Die Gewährleistung der Barrierefreiheit für taubblinde Menschen stelle aber gewiss eine besondere Herausforderung dar.

Frau Haas merkt an, dass die akustischen Ansagen sowohl in den Bahnhöfen als auch in den Zügen oftmals nicht funktionierten bzw. nicht zu verstehen seien. Bezüglich der Ansagen in den Bahnhöfen kann Frau Albrecht diese Erfahrung nicht teilen. In Hinblick auf die Ansagen in den Fahrzeugen würden die diesbezüglich problematischen älteren Modelle sukzessive durch neuere Züge ersetzt. Der Straßenbahn- und Busfuhrpark bestehe mittlerweile weitgehend aus neuen Modellen.

Herr Larsen erkundigt sich zum Stand der Dinge in Sachen „Außenansagen bei Bussen und Straßenbahnen“. Hierzu erklärt Frau Albrecht, dass die BVG in diesem Zusammenhang verschiedene Lösungsvarianten getestet habe, und zwar direkte Außenansagen an den Fahrzeugen, „sprechende Haltestellen“ bei Betätigen eines Bedarfsknopfes sowie Informationsbereitstellung per App. Die Ergebnisse aus diesem ca. ein Jahr währenden Testbetrieb seien von einem externen Dienstleister ausgewertet und von der BVG an den Senat weitergeleitet worden. Eine Rückmeldung liege dazu noch nicht vor. Herr Larsen betont noch einmal die

Notwendigkeit für Angebote nach dem Zwei-Sinne-Prinzip. Herr Friedrich spricht sich nachdrücklich für direkte Außenansagen aus.

Frau Hansen berichtet, dass seit einiger Zeit auf der Linie M19 ein Bus mit einer nicht barrierefreien Mittelstufe eingesetzt sei. Frau Albrecht erwidert, dass es sich dabei um eines von verschiedenen ‚Doppeldecker-Modellen handle, die derzeit getestet würden. Frau Hansen ergänzt, dass aufgrund der demografischen ‚Entwicklung künftig mit einer höheren Anzahl an Rollstühlen und Kinderwägen gerechnet werden könne. Frau Mierke-Haring schließt sich dieser Einschätzung an und berichtet, dass sie des Öfteren selbst beobachtet, dass Rollstuhlnutzer aus Platzmangel in Bussen nicht mitgenommen werden könnten bzw. spätere Busse abwarten müssten. Konkret nennt sie in diesem Zusammenhang die Buslinien 172 und M44. Frau Albrecht erwidert, dass der Bedarf an Platz für Rollstühlen und Kinderwägen immer abzuwägen sei mit dem Bedarf an Sitzplätzen.

Herr Sell gibt zu bedenken, dass sich für die BVG angesichts der ‚wachsenden Stadt“ umfangreiche Herausforderungen ergäben. Er wirbt für ein gewisses Maß an Verständnis dafür, wenn die BVG nicht allen bestehenden Bedarfen umgehend entsprechen könne.

Herr Bäse erkundigt sich, ob nach Einschätzung von Frau Albrecht bestimmte Aufzüge besonders anfällig seien für Störungen, z.B. am U Richard-Wagner-Platz. Frau Albrecht teilt hierzu mit. Dass die BVG bemüht sei, bei den Aufzügen immer mindestens 97 % Verfügbarkeit zu gewährleisten. Innerhalb von zwei Stunden könnten weiterhin 60 % aller Störungen beseitigt werden, 90 % innerhalb von 24 Stunden. Der Aufzug am U Richard-Wagner-Platz gehöre nach ihrer Einschätzung nicht zu den besonders ‚auffälligen“. Allerdings müssten Aufzüge in bestimmten Abständen generalüberholt/ausgetauscht werden. Dies dauere dann jeweils einige Monate.

Herr Friedrich lenkt die Aufmerksamkeit auf zwei Anträge, die vom Kinder- und Jugendparlament (KJP) mit der Bitte um Befassung an den Behindertenbeirat weitergeleitet wurden. Im Besonderen wurden das Fehlen von Anzeige-Displays während Umbaumaßnahmen sowie die auf mündliche Sprache ausgerichteten Informations- und Notrufsäulen an U-Bahnhöfen moniert, da hierdurch gehörlose Fahrgäste ausgeschlossen würden. Hierzu bemerkt Frau Albrecht, dass die Baumaßnahmen am U Bismarckstraße voraussichtlich noch drei Jahre andauern werden. Die elektronischen Anzeige-Displays müssten in dieser Zeit abgebaut bleiben. Fahrgastinformationen würden online in möglichst einfacher Sprache und unter Verwendung von Piktogrammen bereitgestellt. Diesbezüglich sei aber sicherlich noch viel Spielraum für Verbesserungen. Notruf- und Infosäulen seien mit einer Kamera verbunden. Bei Knopfdruck schwenke die Kamera auf die anfragende Person. Die BVG kommuniziere gegenüber Gehörlosen, dass diese die Hände an die Ohren legen sollten, um zu zeigen, dass sie gehörlos seien. Die Leitstelle schicke dann möglichst zeitnah Personal an Ort und Stelle. Frau Mierke-Haring schätzt diesbezüglich ein, dass die gehörlosen Fahrgäste hiervon nur sehr selten Kenntnis hätten. Frau Albrecht weist darauf hin, dass dies im BVG-Faltblatt ‚Berlin barrierefrei“ enthalten sei. Frau Mierke-Haring regt an, auf der Internetseite der BVG, ggf. auch auf Facebook, leicht zu findende Informationen als Gebärdensprach-Videos einzustellen. Frau Hansen bittet um eine schriftliche Antwort der BVG auf die Anträge des KJP.

Herr Westermann erkundigt sich, ob an U-Bahnhöfen zusätzlich zu Aufzügen auch Treppenlifte zur Bedienung mit Euroschlüssel installiert werden könnten. Dies sei laut Frau Albrecht aus Gründen der Sicherheit und Bedienbarkeit äußerst problematisch.

Frau Voss bittet um Auskunft, wann der U Neu-Westend mit Aufzug ausgestattet werde. Frau Albrecht teilt mit, dass dies für 2021 geplant sei.

Herr Friedrich dankt Frau Albrecht für Ihre Teilnahme an der Sitzung.

TOP 4: Anträge und Beschlüsse des Beirats

Zu Beiratsbeschluss Nr.2/2018 „Personalsituation in der Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung“ liegt die Antwort des Bezirksamts vor, dass eine Stelle für den Haushalt angemeldet sei. Angesichts der Schilderung zur Situation von Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle sowie der ersten Rückmeldung des Bezirksamts zu diesem Beschluss, aus dem ein höherer Bedarf zu erkennen war, erachtet Herr Friedrich dies nicht als zufriedenstellend. Zum weiteren Vorgehen werde er sich mit Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle besprechen. Das Thema stehe auch auf der Tagesordnung des abteilungsspezifischen Workshops „Inklusion/UN-BRK“ der Abteilung Soziales und Gesundheit am 15.11.2019. Die Diskussion zu diesem Punkt wird aus Zeitgründen nicht zu Ende geführt und vertagt. Dies gilt ebenso für Beiratsbeschluss Nr. 2/2019 „Bereitstellen einer mobilen Kommunikations-/Konferenzenanlage“.

TOP 5: Aktuelle Drucksachen der BVV

Dieser TOP wird vertagt.

TOP 6: Verschiedenes

Herr Larsen stellt die Allianz für Assistenzhunde „Pfortenpiloten“ vor.

Die Sitzungstermine für 2020 werden so bald wie möglich per E-Mail versandt.

Herr Friedrich bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 18:50 Uhr.

Friedrich
(Stellvertretender Vorsitzender; Protokollant)